

Niko Rollmann
Initiativkreis Mediaspree Versenken!

Mail: niko.rollmann@gmx.de

Landesvorstand Berlin
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin

Telefon +49 30/24 00 92 89
Telefax +49 30/24 00 92 60

info@die-linke-berlin.de
www.die-linke-berlin.de

Berliner Bank AG
Konto-Nr. 43 84 81 68 00
BLZ 100 200 00
Spendenkonto-Nr. 43 84 81 68 03

Betr.: Ihre Mail vom 18. Juni 2016

12.07.2016

Sehr geehrter Herr Rollmann,

Mit Mail vom 18. Juni 2016 haben Sie sich mit der Bitte um Beantwortung Ihrer Fragen an die stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Sprecherin für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen der Fraktion DIE LINKE. im Abgeordnetenhaus, Katrin Lompscher (MdA), gewandt.

Hierzu möchten wir Ihnen in Namen des Berliner Landesverbandes der Partei DIE LINKE antworten. Die Antworten auf Ihre Fragen finden Sie in der Anlage auf den nächsten Seiten.

Mit freundlichen Grüßen,



Sebastian Koch

Referent des Landesvorsitzenden

Antworten der Partei DIE LINKE. Berlin auf die Wahlprüfsteine des Initiativkreis Mediaspree Versenken! für die Wahlen am 18. September 2016 zum Berliner Abgeordnetenhaus

1) „Volksentscheid retten“

Befürworten Sie die angestrebte Verfassungsänderung des Volksbegehrens „Volksentscheid retten“?

Ja. DIE LINKE. Berlin unterstützt das Volksbegehren „Volksentscheid retten“ und hat hierfür auch Unterschriften gesammelt. In einigen Punkten gehen wir in unserem Wahlprogramm noch weiter als der Gesetzentwurf des Volksbegehrens. So wollen wir nicht nur die Quoren bei der Unterschriftensammlung absenken, sondern das Zustimmungsquorum beim Volksentscheid ganz abschaffen, so dass die Berlinerinnen und Berliner mit Mehrheit entscheiden können. Darüber hinaus schlagen wir die Einführung eines Einspruchsreferendums für alle vom Parlament beschlossenen Gesetze vor. Das heißt, dass durch die Sammlung einer bestimmten Menge von Unterschriften ein Volksentscheid über jedes vom Abgeordnetenhaus bereits beschlossene Gesetz herbeigeführt werden kann. Wir wollen eine Stärkung von Initiativen durch Kostenrückerstattungen nach Volksbegehren erreichen. Und bei der Privatisierung öffentlicher Unternehmen soll obligatorisch ein Volksentscheid durchgeführt werden.

2) Galvanikbetrieb Otek in der Köpenicker Straße 147 in 10997 Berlin

Befürworten Sie, dass der Senat über 10 Mio. Euro dafür ausgibt, dass für einen Privatinvestor Bauhindernisse beseitigt werden?

Nein. Wir sind der Auffassung, dass die Kosten für die notwendige Verlegung von Otek vom Investor zu tragen sind.

3) Kommunalisierung der Cuvry-Brache

Nachdem der Investor seine Pläne für die „Cuvry-Höfe“ aufgegeben hat, fordert Mediaspree versenken! die Kommunalisierung der Fläche. Der Senat sollte die Planungshoheit an den Bezirk zurückgeben. Dieser sollte einen neuen, demokratischen Planungsprozess für eine gemeinwohlorientierte Entwicklung der Fläche umsetzen.

Werden Sie die Kommunalisierung der Cuvry-Brache betreiben und die sozial verträgliche und ökologische Entwicklung der Fläche ermöglichen?

Dass der Investor der Cuvry-Brache nicht bereit ist, ein Nutzungskonzept gemeinsam mit dem Bezirk und den Bürgerinnen und Bürgern zu entwickeln, ist inakzeptabel. Dass der Investor in den Verhandlungen mit dem Senat bis zuletzt nicht bereit war in sein Bauvorhaben wenigstens 30% preisgünstigen Wohnraum zu integrieren, ist in dieser Logik folgerichtig. Die Forderung nach einer Kommunalisierung des Grundstücks ist für die LINKE. Berlin vor diesem Hintergrund nachvollziehbar und grundsätzlich unterstützenswert. Hier bestehen allerdings hohe rechtliche und finanzielle Hürden. Ob und wie diese überwunden werden können, müssen Senat und Bezirk gemeinsam mit den zivilgesellschaftlichen Initiativen ausloten.

In unserem Wahlprogramm fordern wir dezidiert eine Flächenvorratspolitik, wozu auch strategische Flächenankäufe gehören, um in der Wohnungsversorgung aber auch in der Stadtentwicklungspolitik wieder handlungsfähiger zu werden.

4) (Re-)Kommunalisierung von Privat-Grundstücken

Mediaspree Versenken! fordert die (Re-)Kommunalisierung bestimmter Grundstücke an der Spree, z.B. das hinter der East-Side Gallery gelegene Grundstück von Alon Mekel (Mühlenstraße 61-63, 10243 Berlin), Zapf-Grundstück (Köpenicker Straße 14, 10997 Berlin) und das Agromex-Grundstück (Fanny-Zobel-Straße, 12435 Berlin, Flurstück 139).

Wie stehen Sie dazu?

Grundsätzlich sind wir für die (Re)Kommunalisierung der angesprochenen Grundstücke. Um Spekulationen vorzubeugen, müsste sich der Kaufpreis allerdings am Verkehrswert orientieren.

5) Erhalt öffentlichen Grundbesitzes an der Spree

Mediaspree versenken! fordert, dass Grundstücke, die bisher noch in öffentlicher Hand sind, z.B. Dämmisol, (Köpenicker Straße 22-29, 10997 Berlin), Osthafen (Stralauer Allee, 10245 Berlin) unter keinen Umständen privatisiert werden.

Unterstützen Sie diese Forderung?

Eindeutig JA!

6) A100 16. Bauabschnitt

Mediaspree Versenken! fordert, dass der 16. Bauabschnitt der A100 nur für Busse, Taxis, Rettungskräfte, Polizei, Fahrräder und Fußgänger freigegeben wird, damit ein Dauerstau rund um die Eisenbrücke vermieden wird.

Wie stehen Sie dazu?

Da wir schon den Bau des 16. BA abgelehnt haben, finden wir das eine sympathische Idee. Solange die Straße allerdings als Bundesautobahn gewidmet ist, dient sie ausschließlich dem motorisierten Schnell- und Fernverkehr. Verkehrliche Beschränkungen wären nur im Einvernehmen mit dem Bund herzustellen.

7) A100 17. Bauabschnitt

Befürworten Sie, dass der 17. Bauabschnitt der A100 (Verlängerung bis zur Frankfurter Allee) gebaut wird?

Nein. Die LINKE lehnt den Bau der 17. BA der A 100 ab.

8) Veränderung des Bezirksverwaltungsgesetzes und der Berliner Verfassung

In einem im Mai veröffentlichten IHK-Papier heißt es wörtlich: „Aufgrund der geänderten Rahmenbedingungen muss, begleitet von einem breiten Beteiligungsprozess, eine Gesetzesänderung vorgenommen werden. Das Bezirksverwaltungsgesetz und die Berliner Verfassung sollen generell dahingehend geändert werden, dass Bauleitpläne bereits ab dem Aufstellungsbeschluss nicht mehr Gegenstand von Volks- oder Bürgerbegehren sein können.“

Wie stehen Sie dazu, dass eine undemokratische Forderung, die eine Verschlechterung der Bürgerrechte darstellt, in das Bezirksverwaltungsgesetz und der Berliner Verfassung eingebracht werden soll, damit Bauleitpläne bereits ab dem Aufstellungsbeschluss nicht mehr Gegenstand von Volks- oder Bürgerbegehren sein können?

Wir wollen die Möglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger, über die Stadtpolitik mitzuentcheiden, ausbauen und nicht einschränken (siehe auch Frage 1). Gerade im Bereich der Bauplanung in Zeiten der wachsenden Stadt ist es wichtig, nicht über die Köpfe der Menschen hinweg zu entscheiden. Wir lehnen den Vorschlag der IHK deshalb selbstverständlich ab. Vielmehr wollen wir die Möglichkeiten des Senats einschränken, direktdemokratischen Initiativen Steine in den Weg zu legen. So wollen wir z.B. gesetzlich ausschließen, dass der Senat Bebauungspläne, die Gegenstand eines bezirklichen Bürgerbegehrens sind, in seine Zuständigkeit ziehen und so die Bürgerbeteiligung aushebeln kann (wie beim Mauerpark und den Buckower Feldern geschehen).

9) East Side Gallery als Weltkulturerbe

Teilen Sie die Auffassung, dass die „East Side Gallery“ in Berlin-Friedrichshain entlang der ehemaligen DDR-Grenze nicht nur ein weltbekanntes Denkmal und Symbol der Teilung und Vereinigung Berlins und Deutschlands und Anziehungspunkt für Zehntausende Besucher ist, sondern auch ein einmaliges Dokument künstlerischer Gestaltung der Aufarbeitung dieses Teiles deutscher Geschichte darstellt, das es Wert ist, auch als Einstufung als Weltkulturerbe der UNESCO vorgeschlagen und anerkannt zu werden, und welche Unterstützung würden Sie hierzu leisten in Gestalt von Bemühungen um Aufnahme in den Katalog des Weltkulturerbes?

Die Idee, die East Side Galerie als UNESCO-Weltkulturerbe für 2018 vorzuschlagen, ist nicht neu. Wir haben sie uns jedoch nicht zu eigen gemacht. Weder haben wir dazu im Wahlprogramm eine diesbezügliche Forderung beschlossen, noch wollen wir uns auf andere Weise ausdrücklich dafür aussprechen. Der besondere Stellenwert der East Side Galerie steht deshalb nicht in Frage.

Sie ist als Symbol für die Überwindung der Mauer in die Geschichte eingegangen. Sie ist im Stadtbild ein sehr auffälliger Erinnerungsort und ein touristischer Magnet, der Gäste aus aller Welt anzieht. Sie ist ein Zeitzeugnis und als solches unter Denkmalschutz gestellt und in ihrem Bestand geschützt. Nach unserer Auffassung muss sie nicht als UNESCO-Weltkulturerbe vorgeschlagen werden.